

!STOPP! ZWANGSRÄUMUNGEN IN AFRIKA

AMNESTY
INTERNATIONAL



Tausende Menschen in Afrika werden jährlich zu Obdachlosen, weil sie vertrieben werden und dadurch nicht nur ihre Häuser verlieren sondern auch all ihren persönlichen Besitz und ihr gesamtes soziales Umfeld. Sie leben nach den illegalen Zwangsumsiedlungen ohne Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, Sanitäreinrichtungen, Arbeit, Gesundheit und Bildung. Millionen von Menschen bleiben obdachlos und mittellos zurück und wurden durch die Vertreibungen in Armut gedrängt. Sie erhielten keine Entschädigungen oder Angebote für neuen Wohnraum. Zugang zu Gerichten und effektiven Rechtsmitteln fehlt.

Amnesty International dokumentierte über die Jahre Fälle von erzwungenen Massenräumungen in **Angola, Tschad, Äquatorial Guinea, Ghana, Kenia, Nigeria, Sudan, Swasiland** und **Simbabwe**. Regierungen dieser Länder verstoßen gegen lokales, wie internationales Recht, inklusive der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtscharta. Dennoch wurden die Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen.

Kenia



Deep Sea Slum in Kenia © AI

Millionen von Kenias städtischen Armen leben ohne Garantie auf die Sicherung ihres Besitzes. Die kenianische Regierung ignorierte jahrelang die Ausbreitung und Realität informeller Siedlungen und Slums. Familien und Einzelpersonen sind deshalb täglich dem Risiko einer Vertreibung aus ihren Wohnungen und Geschäften ausgesetzt.

In Zwangsräumungen sind meist Regierungsprojekte oder private Bauunternehmer verwickelt, die das Landrecht für sich behaupten.

Menschenrechtsstandards werden nicht eingehalten.

Die geschätzten 7000 BewohnerInnen der Deep Sea Siedlung leben mit ständig drohenden Zwangsräumungen. Im Februar 2004 wurden die Häuser von ca. 2000 BewohnerInnen in Railla Village, Kibera, in einer Massenzwangsräumung zerstört, um für eine Umfahrung Platz zu machen. Am 23. September 2005 wurden die Häuser von ca. 850 Familien zerstört. Es gab keine Vorwarnungen und auch keine Bemühungen für Ersatzsiedlungen. Hunderte Familien wurden obdachlos und viele verloren ihren Lebensunterhalt.

Die Regierung sicherte zu, Richtlinien für Räumungen zu erarbeiten und formte dafür 2006 eine Arbeitsgruppe. Dennoch gab es seither keinen wahrnehmbaren Fortschritt – im Gegenteil, es gibt weiterhin Zwangsräumungen in Nairobi.

Nigeria



Makoko – Areal der Zwangsräumungen © AI

Mehr als 2 Millionen Menschen wurden seit 2000 in verschiedenen Teilen Nigerias aus ihren Wohnstätten vertrieben. Die meisten werden ausgegrenzt und viele leben seit vielen Jahren ohne Zugang zu sauberem Wasser, Sanitäreinrichtungen, angemessener Gesundheitsversorgung oder Bildung. 2006 wurde Nigeria vom Centre on Housing Rights and Evictions (COHRE) in Genf als eines der drei Länder mit den schlimmsten Verstößen gegen das Recht auf Wohnen genannt.

Zwangsräumungen gehen währenddessen im ganzen Land weiter. Seit 2003 wurden in der Hauptstadt Abuja geschätzte 800.000 Menschen aus ihren Wohnstätten vertrieben. Zwischen Mai und Juli 2008 fanden in Lagos fast wöchentlich Zwangsräumungen statt.

Im April 2005 demolierten Bulldozer Häuser, Kirchen und medizinische Einrichtungen in Makoko, Lagos.

Ca. 3000 Menschen verloren ihre Wohnungen.

In Port Harcourt, Hauptstadt von River State und bevölkerungsreichste Stadt des Niger-Deltas, werden Zwangsräumungen in großem Ausmaß im Küstengebiet durchgeführt, entgegen früherer staatlicher Versprechen, dass es keine Räumungen geben würde. Tausenden Menschen droht die Obdachlosigkeit.

Die Vollzugsbeamten handeln meist brutal und gewalttätig gegenüber den Vertriebenen, darunter auch Kinder.

Der Schutz vor einer rechtswidrigen Zwangsräumung gilt auch für SlumbewohnerInnen, selbst wenn sie keine formellen Rechte an dem Land haben, auf dem sie wohnen. www.amnesty.at